

Lindners Ex-Staatssekretär warnt: Schuldenbremse gefährdet Zukunft!

Wolf Heinrich Reuter kritisiert die Schuldenpläne der Bundesregierung und warnt vor steigenden Schulden und Investitionsproblemen.

Stuttgart, Deutschland - Als Wolf Heinrich Reuter, ehemaliger Haushalts-Staatssekretär im Bundesfinanzministerium unter Christian Lindner (FDP), nach dem Ende der Ampel-Koalition seinen Posten räumen musste, trat eine öffentliche Debatte über die zukünftige Finanzpolitik in Deutschland in den Vordergrund. Reuter kritisiert die vom Bundestag beschlossenen Schuldenpläne und die Ausweitung der Schuldenbremse, da seiner Meinung nach diese Maßnahmen den Druck auf Politiker verringern, notwendige Reformen zu priorisieren. Dies könnte langfristig schwerwiegende Folgen für die deutsche Finanzpolitik haben, wie [bnn.de](https://www.bnn.de) berichtet.

Reuter hebt hervor, dass die Grundgesetzänderung, die mit zusätzlichen Subventionen und Sozialausgaben begründet wird, den Spardruck verringert. Dies sei problematisch, denn die festgelegten Mindestquoten für Verteidigung und Investitionen im Haushalt könnten im Jahr 2025 zu einer Freisetzung von 30 bis 40 Milliarden Euro führen. Dabei kritisiert er die weite Definition von Investitionen im Haushalt, die seiner Ansicht nach problematische Auswüchse hat, da sie alles umfasst, was bestimmten Gruppen zugeordnet ist.

Investitionen und Genehmigungsverfahren

Ein zentrales Problem, das Reuter sieht, sind die

Genehmigungsverfahren für Investitionen. Er fordert, dass mehr Planungsexperten in die Verwaltungen berufen werden, um bürokratische Hürden abzubauen und den Investitionsstau aufzulösen. Die Risiken einer steigenden Schuldenquote sieht er nicht nur für Deutschland, sondern auch für die europäische Situation als bedrohlich an. Laut Reuter könnte eine zusätzliche Verschuldung von rund zwei Billionen Euro in den nächsten zwölf Jahren zu enormen zusätzlichen Zinsausgaben zwischen 350 und 550 Milliarden Euro führen.

Im Kontext der aktuellen Diskussion um Staatsverschuldung ist es wichtig, die Auswirkungen der Corona-Krise zu betrachten. Laut **wirtschaftsdienst.eu** hat diese Krisensituation die öffentliche Neuverschuldung in Deutschland erheblich erhöht. Die deutsche Schuldenbremse und die europäischen Fiskalregeln sind momentan ausgesetzt, was zu einer kritischen Diskussion über eine mögliche Wiedereinführung führt. Diese Debatte wird besonders vor dem Hintergrund der Niedrigzinsphase geführt, in der Schulden weniger als fiskalische Lasten betrachtet werden.

Vorschläge zur Reform der Fiskalregeln

Das European Fiscal Board fordert eine Vereinfachung der Fiskalregeln, wobei der Fokus auf einem klaren Schuldenziel und dem Schutz von Investitionen liegen sollte. Reformer wie Blanchard und andere plädieren für die Abschaffung der Fiskalregeln zugunsten flexibler „fiskalischer Standards“, während Hüther und Südekum eine flexible Schuldenbremse und einen staatlichen „Vermögenshaushalt“ vorschlagen. Die Rückkehr zur Goldenen Regel, die es erlaubt, Nettokreditaufnahmen in Höhe der staatlichen Bruttoinvestitionen zu tätigen, wird ebenfalls diskutiert.

Die Diskussion über Fiskalregeln gründet sich auf der veränderten Bewertung von Zinsbelastungen und der Rolle von Staatsanleihen als sichere Anlageform. Die neuen Defizitbeschränkungen sind strenger als die Maastricht-

Obergrenze von 3 % und erfordern ein gesundes Maß an Stabilisierungspolitik und antizyklische Maßnahmen. Ein zusätzlicher Investitionsbedarf in Deutschland wird auf rund 45 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt, entsprechend etwa 1,3 % des BIP.

Laut **bundesfinanzministerium.de** müssen die Vertragsparteien des Fiskalvertrags die Fiskalregeln in ihre innerstaatlichen Rechtsordnungen aufnehmen, wobei eine Verpflichtung zu ausgeglichenen Haushalten besteht. Maximal zulässiges strukturelles Defizit wird auf 0,5 Prozent des BIP begrenzt. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, langfristige tragfähige Finanzrahmen zu etablieren, nicht nur für den Bund, sondern auch für Länder und Kommunen.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Debatte um die Schuldenbremse, Fiskalregeln und die zukünftige Finanzpolitik in Deutschland von großer Bedeutung ist. Wolf Heinrich Reuter bringt durch seine kritischen Anmerkungen wichtige Punkte zur Diskussion, die für die Stabilität der öffentlichen Finanzen entscheidend sein könnten.

Details	
Ort	Stuttgart, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• bnn.de• www.wirtschaftsdienst.eu• www.bundesfinanzministerium.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de